

lins, und mit allen friedliebenden Menschen, wenn sie fordert: Einstellung der amerikanischen Aggression, Abzug der Truppen der USA und ihrer Verbündeten aus Vietnam, Kambodscha und Laos, endgültige Einstellung der Bombardierung des Territoriums der Demokratischen Republik Vietnam und Achtung des Rechtes der Völker, über ihre Angelegenheiten selbst zu entscheiden.

Die Deutsche Demokratische Republik tritt als sozialistischer Friedensstaat konsequent für die Sicherung des Friedens ein. Im Interesse des Friedens und der Sicherheit in Europa hat sie den Abschluß eines Vertrages über die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage des Völkerrechts vorgeschlagen. Doch die Bonner Regierung weigert sich nach wie vor beharrlich, die Deutsche Demokratische Republik völkerrechtlich anzuerkennen.

Im Herzen Europas betreiben die herrschenden Kreise der monopolkapitalistischen Bundesrepublik eine Politik der Revanche, der Aggression und des Antikommunismus. Integriert in die konterrevolutionäre, antisozialistische Globalstrategie der USA, setzt auch die gegenwärtige Regierung in Bonn die gescheiterte Politik der Alleinvertretungsmaßnahme, der völkerrechtswidrigen Einmischung in Westberlin und der Schädigung der Interessen der Westberliner Bevölkerung fort.

Westberlin war nie ein Teil der Bundesrepublik und wird nie ein Teil der Bundesrepublik werden. Westberlin, das auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik liegt, ist eine selbständige politische Einheit.

Im Interesse der Sicherheit der europäischen Völker und vor allem auch der Bevölkerung Westberlins muß die völkerrechtswidrige Bonner Zugehörigkeitsmaßnahme gegenüber Westberlin beseitigt werden.

Es ist daher eine Schlüsselfrage für die friedliche Zukunft der Westberliner Bürger, daß diesem Mißbrauch Westberlins für die revanchistische NATO-Politik ein Ende gesetzt wird. Nur so kann es zu normalen Beziehungen zwischen Westberlin und der Deutschen Demokratischen Republik kommen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir schätzen das Ringen Eurer Partei für ein freundschaftliches Verhältnis der Werktätigen Westberlins zur sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik hoch ein. Die Deutsche Demokratische Republik schreitet unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutsch-